

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gernus Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groschke Riesa Nr. 52.

Nr. 188.

Mittwoch, 17. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen in der Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für den Abdruck eines 100 Wörter umfassenden Textes 100 Gold-Pfennige, die 20 am besten Restamtsstelle 100 Gold-Pfennige; Zeitraumbekanntmachung und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Zinsen, Kapitalertragsteuer 10%. — Im Falle höherer Gewalt — streik oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittler, Riesa.

Frankreichs Antwort.

Dienstag mittags hat, wie wir bereits gestern berichteten, der französische Botschafter im Reichsaußenministerium die Antwort auf das deutsche Memorandum zur Sicherheitsfrage überreicht. Zur Zeit ist man noch mit der Uebersetzung der ausführlichen Note beschäftigt und mit der ersten Prüfung des Inhalts. Dann wird der Wortlaut der Note sowie des deutschen Memorandums am Donnerstag früh zugleich in Berlin, Paris und London veröffentlicht werden. Aller Voraussicht nach wird die Stellungnahme der französischen Antwort dadurch erschwert werden, daß in dieser selbst die wichtigsten Probleme, um die es sich hier handelt, nur angedeutet sein dürften. Wenn ein Berliner Mittagsblatt seiner Dienstagsausgabe die große Ueberschrift gab: „Frankreich nimmt kein Garantieverbot an“, so war das nichtsagend, ja irreführend. Denn daran hat ja niemand gezweifelt, daß die Franzosen mit Vergnügen einen Vast schließen würden, der ihre Nachpostition noch verstärkt und die Bestimmungen des Versailler Vertrages noch zu Ungunsten Deutschlands erweitert. Alles dreht sich also darum, welche Bedingungen das Pariser Kabinett an den Abschluß des Sicherheitspaktes knüpfen wird und ob seine tatsächliche Absicht ist, einen ehrlichen Vertrag abzuschließen oder solche Bedingungen zu stellen, daß wir sie ablehnen müssen und damit die „Verantwortung“ für das Scheitern der ganzen Aktion übernehmen. Der „Matin“ gibt bereits einen Vorgeschmack dessen, was leicht zu erwarten ist, indem er die Forderung aufstellt, Frankreich müsse das Recht zum Einmarsch in die entmilitarisierte Rheinlandszone haben, wenn Deutschland die Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei verleihe oder wenn der Anschluß Österreichs an Deutschland vollzogen werde. Diese edle Dreifaltigkeit ist bereits von deutscher Seite halbhoftig zurückgewiesen worden. Mit Recht weist man darauf hin, daß Frankreich immer erklärte, es wolle sich bei allen neuen Abmachungen „im Rahmen der Verträge“ halten, daß aber jene Forderungen unabweisbar über die Zwangsbedingungen des Versailler Vertrages hinausgehen. Welches Ansehen lautet sonst noch hinter dem ja der französischen Regierung? Die Bedingungen des Eintritts in den Völkerbund kennen wir, aber wir wissen noch nicht, ob die Gegenparte bereit ist, die Vorbedingungen zu erfüllen, die Deutschland für seinen Eintritt in den Völkerbund unbedingt stellen muß.

Keine Aufwertung der kurzfristigen Reichsbankkredite.

Abg. Berlin. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages richtete am Dienstag der sozialdemokratische Abg. Dr. Dittmann an den Reichsbankpräsidenten Dr. Schiele die Frage, ob die Reichsbank eine Aufwertung der in der Inflationszeit gewährten kurzfristigen Darlehen für möglich halte. Dr. Schiele verneinte dies. Es habe sich gezeigt, daß die von der Privatwirtschaft beanspruchten Kredite bis Mitte 1923 nicht erheblich waren und selbst bei ihrem höchsten Stande nur geringfügig gewesen sind gegenüber den Krediten, die das Reich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel aufgenommen hat. Das veranlaßt deutlich, wie sehr das Reich, das durch die außerordentliche Vermehrung seiner schweren Schuld die Hauptquelle der Inflation geschaffen hat, zugleich daraus den größten Nutzen gezogen hat, und zwar in einem Maße, das die von der Privatwirtschaft etwa auf Kosten der Allgemeinheit erzielten Gewinne demgegenüber als unbedeutend erscheinen. Diese Feststellung sei von der größten Bedeutung, denn sie lasse klar erkennen, wie außerordentlich klein der Auschnitt wäre, den eine etwaige Inflationssteuer von den Vermögensveränderungen innerhalb der Privatwirtschaft überhaupt zu erfassen vermöge.

Nun seien namentlich im Jahre 1923 von der Reichsbank Kredite an Kommunen und andere öffentliche Stellen gewährt worden, insbesondere zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder zur Beschaffung von Rohstoffen zwecks Fortführung lebenswichtiger Betriebe, wie zum Beispiel von Kohlen für die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. In diesen Fällen war überhaupt das Kreditbedürfnis häufig nur dadurch entstanden, daß die Geldentwertung zu rechtzeitigen Anschaffungen zwang, für welche die Deckung, soweit nicht öffentliche Mittel verfügbar waren, vorzugsweise im Kreditwege entnommen werden mußten. Soweit bei Krediten dieser Art überhaupt Vorteile aus der Geldentwertung gezogen worden sind, dürften sie in der Hauptsache der Bevölkerung unmittelbar zugute gekommen sein.

Ein wesentlicher Anteil von den im Jahre 1923 gewährten Krediten entfielen ferner auf diejenigen, die im Interesse der besetzten Gebiete anlässlich der durch den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet geschaffenen Lage zur Verfügung gestellt worden sind. Aber auch im unbesetzten Gebiet seien in zahlreichen Fällen dringende allgemeine Interessen für die Kreditgewährung maßgebend gewesen.

Der Ausschuß behandelte dann noch die §§ 12 bis 15 des Aufwertungsgesetzes (Ansprüche aus Bankeinlagen, Rückwirkung bei Verzinschen und Ähnliches), worauf er sich auf Mittwoch vertagte.

Der 18. Januar als Nationalfeiertag abgelehnt. Deutscher Reichstag.

(Berlin. In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde der Antrag des Haushaltsausschusses auf Einführung des 18. Januar als Nationalfeiertag mit 199 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Demokraten, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei.

Abg. Berlin, 16. Juni 1925.

Präsident Ebert eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 50 Minuten und übermittelte dem Vizepräsidenten Dr. Richter, der heute sein 50jähriges Doktorjubiläum feiert, die Glückwünsche des Reichstages.

Abg. Dr. Richter (D.Vp.) dankt für die herzlichen Worte und verpflichtet unter der Beizeitung des Hauses, man werde seiner Amtsführung nicht anmerken, daß er schon 50 Jahre Doktor sei.

Der Gesetzentwurf über Depots und Depotsinstitute wird ohne Aussprache auf Grund des Ergebnisses der gestrigen Abstimmung, die bekanntlich Befürwortungsfähigkeit ergeben hatte, dem Reichswirtschaftsrat zur nochmaligen Beratung überwiesen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird dann mit der

Besprechung der Kulturfragen

fortgesetzt.

Abg. Dr. Kunze (D.Vp.) begrüßt die Vorkerbung der Wissenschaft durch die Vermehrung der Mittel im Etat. Die allgemeine Volksbildung dürfe nicht vernachlässigt werden. Erzieulisch sei das vermehrte Interesse für Turnen und Sport. Notwendig sei aber auch eine kräftige Förderung des Spiels, das für die allgemeine körperliche Erziehung von weit größerer Bedeutung sei als Turnen und Sport. Der Redner bemängelt die Behandlung der Schulfragen in der Weimarer Verfassung und fordert Bewegungsfreiheit, Gedankenfreiheit und geistige Freiheit auf dem gesamten Kulturgebiet. Besonderer Unerkennung bedürften die wissenschaftlichen Institute und höheren Schulen in der durch die dänische Propaganda bedrohten Nordmark. Wirtschaft sei wichtig, aber ihr werde aber die Kultur. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß sich der Minister als erster Reichskulturminister erweisen möge.

Abg. Dr. Moses (Soz.) richtet an den Innenminister die Frage, wie es mit den aus dem Reichsarchiv verschwandenen Marineakten stehe. Bisher sei um diese Frage immer herumgeredet worden. Es sei doch auffällig, daß Herr v. Tirpitz nicht die Gelegenheit wahrnehme, um von der Tribüne des Reichstages aus die Sache klarzulegen. Es handle sich nicht nur um entworfene Akten, sondern es kämen auch unzulässige Abschriften in Frage.

Abg. Heerle (Kom.) stellt fest, daß für Kulturzwecke nur ein paar Millionen ausgeworfen seien, für die Polizei aber nahezu 20 Millionen. Der Redner befürchtet das Züchtungsrecht, gegen das sich die proletarischen Eltern zur Wehr setzen sollten.

Abg. Frau Dr. Mah (D.Vp.) weist auf die harte Behandlung der künftigen Einkünfte unserer Jugend hin. Wir sehen heute vielfach eine Jugend, die von Arbeit nichts wissen will, und die sich schrankenlos auslebt. Freiheit darf nicht mit Unachtsamkeit und Frechheit verwechselt werden. In den Filmprüfungen sollten auch Beiträge aus der Provinz zugelassen werden. Alle Schund- und Schmutzliteratur müsse eingezogen werden. Dabei müsse das Gesetz auch auf die Zeitschriften ausgedehnt werden. Notwendig sei Achtung auch gerade vor der Würde der deutschen Frau. Die Rednerin fordert Fahrpreiserhöhung für das Jugendmännern. Die Jugend müsse die deutsche Heimat kennen lernen. Vor dem Alkohol- und Nikotingenuß müsse die Jugend bewahrt werden. Die religiösen Kräfte im Volke sollten gestärkt werden.

Reichsinnenminister Schiele

verweist in Beantwortung der Anfrage des Abg. Dr. Moses über die Angelegenheit Tirpitz auf seine Erklärungen im Ausschuß. Die Interpellation könne jeden Tag im Plenum beim Justizminister behandelt werden. Der Minister geht dann auf die Wünsche und Anregungen der Parteien zur Kulturpolitik ein und verweist, daß die Nordmark bei der Förderung kultureller Bestrebungen nicht zu kurz kommen werde. Auf dem Gebiete der sportlichen Erziehung und Erziehung unserer Jugend seien gerade in letzter Zeit bedeutende Erfolge aufzuweisen. Der Minister dankt allen, die sich der Jugendbewegungen angenommen haben und bittet, in der Jugend die Achtung vor dem Gesetz und das Staatsbewußtsein zu pflegen. Auch den Jugendwanderungen werde er nach Möglichkeit Förderung angedeihen lassen. Notwendig sei aber auch, die Jugend vor den heute mehr denn je hervortretenden gefährlichen Gefahren zu bewahren. Der Minister kündigt eine Reihe von Gesetzen zum Schutze der Jugend an und macht Mitteilung von einer vorläufigen Regelung zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur. Auf dem Gebiete des Schulwesens sei jede Uniformierung und unnötige Zentralisation abzulehnen. Selbstverständlich dürfe wiederum auf bestimmten Gebieten der Einheitlichkeit der deutschen Kultur kein Abbruch getan werden. Namentlich auf dem Gebiete der Lehrerbildung müsse unter Verwertung der in den Ländern bereits gemachten Erfahrungen auf eine Einheitlichkeit im Reich

hingewirkt werden. Der Minister hofft, daß der großen Junglehrennot mit den nun bereitgestellten Mitteln abgeholfen werden könne. Die Notlage des akademischen Nachwuchses müsse gemildert werden. Auch die Wissenschaft selbst leide immer noch Not. Es komme darauf an, eine Belebung der Wirtschaft und eine Verinnerlichung des Volkes anzustreben. Das Volk müsse in seinen geistigen Grundfesten geklärt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Schreiber (Zent.) bedauert die schlechte Behandlung des Reichstages bei diesen wichtigen Kulturdebatten. (Zuruf: Es wird im Juli noch schlimmer werden!) Die großen Erziehungsinstitute der letzten Zeit, die Tagung der Börsenvereine der Buchhändler in Leipzig, die Verkehrs- und Auswanderung in München, der Tag für das Deutschland in Stuttgart, hätten im Reichstage nur ein schwaches Echo gefunden. (Zuruf: Leider!) Die Wirklichkeit könne sich nur durchsetzen, wenn sie habe auf dem geeigneten Unterbau der deutschen Kultur. Die Länder sollen gleichberechtigt neben der Kulturpolitik des Reiches stehen. Die Kräfte des Volkes sollen mitwirken, um neuen Entwicklung Raum und Licht und Luft zu eröffnen. Der Redner verweist dann auf die Bedeutung des Handwerks, der Kunstpflege und der Heimatkunst. Der Redner lehnt die kommunistische Kritik an der deutschen Volksschule ab. Die deutsche Lehrerschaft verbitte sich den Ausdruck „Prügel- (Zuruf: Beifall.)

Abg. Dr. Deuk (Dem.) verlangt ein Reichs-Rahmen-gesetz für das höhere Schulwesen. Notwendig sei ferner ein umfassendes Berufsschulgesetz. Auch die Frage der Lehrerbildung müsse zu schneller Entscheidung gebracht werden. Der Redner fragt, wann eigentlich der Reichsausschuß für die großen kommenden Gesetzesarbeiten geschaffen werde. Er empfiehlt die Wiederherstellung des Volkshochschulwesens im Reichstage zur Behandlung der Geistes- und Schöne der Jugend. Ein wirklicher Kampf gegen Schund und Schund könne nur durch die innere Wiedergeburt des Volkes erfolgen. Die jetzige Gesetzgebung im Reich sei funktionslos. Der Redner fordert Befreiung der Kunst- und der Umfassung für Dichter und Künstler.

Abg. Frau Lang-Brumann (Baner. Vp.) fordert Ausnahme des Bühnenwesens aus der Generallizenz. Nicht paße nicht unter den Gewerbebegriff. Die Rednerin kritisiert die Auswüchse des Filmwesens und fordert größere Mittel für das deutsche Musikum in München. Viele Kinos dienten nicht der Volksbildung, sondern der Volkserziehung. Die große der Einfluss der Kinos sei, gebe daraus hervor, daß täglich 7 Millionen Menschen ins Kino gehen. Zur Frage des Nationalfeiertages erklärte die Rednerin, daß die Bauernschaft einen Feiertag in der Erntegzeit im August nicht wünsche.

Abg. Künzler (Soz.) erhebt Einspruch gegen die vielen historischen Filme, die nur nationalitische Tendenzen verfolgen. Auf einmal würden überall Soldatenfilme gespielt, das sei eine bestimmte Tendenz.

Damit schließt die Aussprache über Bildung und Schule. Die Notverordnungsvorlage und der Gesetzentwurf über die Immunität der Ausschußmitglieder während der Parlamentsferien gehen an den Reichsausschuß. Dazu wird über den Antrag des Haushaltsausschusses abgestimmt, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu bestimmen.

Für den Antrag erheben sich die Deutsch-nationalen, die Deutsche Volkspartei, die Volksliste und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung. Als der Präsident erklärt, daß das Präsidium sich über die Mehrheitsverhältnisse nicht einig könne, und Ausscheidung erfolgen müsse, entsteht auf der linken ein Sturm der Entrüstung, der sich insbesondere gegen den Abg. Philipp (Dnat.) richtet.

Der Antrag wird darauf durch Auszählung mit 199 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Bei der Verkündung dieses Ergebnisses entsteht auf der linken wiederum großer Lärm.

Abg. Dittmann (Soz.) eilt auf die Rednertribüne und protestiert gegen das Verhalten des Schriftführers Philipp (Dnat.), der durch seinen Zweifel diese unnötige Auszählung erst veranlaßt habe. (Anhaltende Unruhe im ganzen Hause.) Der Redner erklärt, seine Partei werde sich das nicht weiter gefallen lassen. (Stürmische Zurufe auf allen Seiten.)

Präsident Ebert sucht den Sturm einzudämmen, mit dem Hinweis, daß solche Irrtümer schon mehrfach vorgekommen seien.

Abg. Schlein (Kom.) beantragt, den Schriftführer Philipp auf Reichskosten eine große Brille anzuschaffen. (Beifall.)

Die Anträge zum Schutze der Feiertage und der demokratischen Anträge, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erklären, werden darauf dem Reichsausschuß überwiesen.

Der kulturelle Teil des Haushalts wird dem Ausschuß-Beschlüssen entsprechend erledigt. Es folgt die

Besprechung des Abschnitts, der das Kommisariat für öffentliche Ordnung, die Polizeifragen und die Technische Nothilfe

betrifft. Abg. Schmidt-Coppen (Soz.) beantragt Streichung des Mittel für die Technische Nothilfe.

Die Beratungen werden darauf abgebrochen.

Das Haus vertagt sich.
Mittwoch 1/2 Uhr: Kleine Vorlagen, sozialdemokratische Interpellation über das Konkordat; Weiterberatung.
Schluß gegen 7 1/2 Uhr.